

Dipl.-Ing. Günter Wittmer
Seniorenbeauftragter der Stadt Rheinbach

Telefon: 0177 528 2208 oder 02226 / 82 89 626
Email: seniorenbeauftragter@stadt-rheinbach.de
Internet: <http://www.rheinbach.de/cms121/aktuelles/seniorenbeauftragter>
Adresse c./o. : Schweigelstraße 23 - 53359 Rheinbach



Rheinbach, 16.05.2013

Bericht Nr. 1

des Seniorenbeauftragten über seine bisherige Arbeit
in der 9/12. Sitzung des Ausschusses für Generationen, Integration und Soziales (AGIS)

Wie in der Ausschreibung und im Ratsbeschluss vom 23.04.2012 beauftragt, lege ich hiermit den Jahresbericht über meine Arbeit als Seniorenbeauftragter vor.

Inhalt

1	Start in die Tätigkeit	2
2	Einzelfallarbeit	2
3	Aufgaben aus der Arbeitsgruppe „demografischer Wandel“	3
4	Aktivitäten außerhalb Rheinbachs	5
5	Gedanken zur Weiterentwicklung des Amtes	5
6	Rahmenbedingungen für die Aufgabenwahrnehmung	6
7	Fazit und Ausblick	6

Anlage:

Auflistung der Handlungsempfehlungen an
den Ausschuss Generationen, Integration und Soziales

1 Start in die Tätigkeit

Der Schwerpunkt meiner Bemühungen galt zunächst dem Bekanntmachen des neu geschaffenen Amtes in der Rheinbacher Bevölkerung, insbesondere gegenüber den älteren Menschen unserer Stadt. Ich stellte mich dazu bei verschiedenen Seniorenkaffees vor.

Ebenso versuchte ich, Kontakte zu den in Rheinbach aktiven Pflegediensten zu knüpfen und stieß dabei, von Ausnahmen abgesehen, auf freundliches Entgegenkommen.

Ich stellte mich bei allen in Rheinbach ansässigen Seniorenheimen vor und bot meine Unterstützung an. Ebenso nahm ich Kontakt zur ökumenischen Hospizgruppe auf.

Ich bin als Mitglied in die Arbeitsgruppe „Soziale Dienste“ aufgenommen worden und habe an zwei Sitzungen bereits teilgenommen. Ich habe Verbindung zum Sozialverband VdK, zur AWO und zur Caritas, den Maltesern, dem Arbeiter-Samariter-Bund, dem DRK und den Johannitern hergestellt.

Ich wandte mich an die regionale Presse, die über die Einführung des neu geschaffenen Amtes berichtete.

Als weiteren Schritt der Öffentlichkeitsarbeit konnte ich mit Hilfe der Stadtverwaltung ab August 2012 einen regelmäßigen Hinweis auf das neue Amt in „kultur u. gewerbe“ platzieren. Ebenso hat mir die Stadtverwaltung eine eigene Seite auf der Homepage der Stadt eingerichtet, in der ich über das Amt und die aktuellen Aktivitäten unterrichtete.

Am 13. September 2012 gaben mir die Ortsvorsteher auf Initiative von Herrn Brozio aus Oberdrees die Gelegenheit, mich Ihnen bei einem gemeinsamen Treffen vorzustellen und über das neue Amt zu diskutieren.

Zum ZWAR-Netzwerk (ZWAR: Zwischen-Arbeit-und-Ruhestand - eine Initiative des Landes NRW) und zur Altenhilfe e. V. habe ich ebenfalls Verbindung aufgenommen.

Auch beim zuständigen Richter des Betreuungsgerichts Rheinbach habe ich mich vorgestellt.

2 Einzelfallarbeit

Bereits ab Mitte 2012 kam es aufgrund dieser Öffentlichkeitsarbeit zu ersten wenigen Anfragen z. B. mit der Bitte um Unterstützung beim Abfassen von Briefen und beim Erläutern von Geschäftsschreiben.

Mit zunehmendem Bekanntheitsgrad nahmen die Anfragen zu. Die Hilfesuchenden sind bisher meist alleinstehende Seniorinnen, die ihr Leben in traditioneller Ehe und traditioneller Rollenverteilung gelebt haben und die nach dem Tod ihres Ehemanns Schwierigkeiten hatten, die geschäftlichen Dinge zu regeln. Z. T. befanden sich die Frauen in finanziellen Notlagen aufgrund ganz kleiner Renten oder weil die Pflege des kranken Ehemann das Vermögen aufgezehrt hatte. Im vergangenen Winter konnte ich in einer gemeinsamen Aktion mit der Altenhilfe e.V. und dem Sozialfond der SPD einer alleinstehenden, überschuldeten Seniorin Heizöl liefern lassen und eine Fortsetzung der Stromlieferung erreichen. Zusammen mit dem Sozialdienst katholischer Frauen e. V. und der Unterstützung durch den Bürgermeister, Herrn Raetz, und den Kämmerer, Herrn Kohlosser - auch bei der Stadt waren Schulden angehäuft - ist es zwischenzeitlich gelungen, die finanzielle Lage zu stabilisieren und eine sehr positive Prognose zu erreichen. Für mich war dieses vernetzte Tätigwerden mit unterschiedlichen Partnern ein Musterbeispiel für ein erfolgreiches Miteinander über Organisationsgrenzen hinweg.

Unvermeidbar wird durch diese Tätigkeit der Umgang mit sensiblen personenbezogenen Daten. Beim Verfassen von Schreiben gelangen diese mit Zustimmung der Betroffenen auf meinen Rechner. Ich habe selbstverständlich Schutzvorkehrungen getroffen. Dennoch: Die recht-

lichen Bestimmungen zum Datenschutz werden relevant. Ich werde diesbezüglich in Kürze an die Stadtverwaltung herantreten um zu prüfen, welche Datenschutzmaßnahmen noch anzuwenden oder umzusetzen sind.

3 Aufgaben aus der Arbeitsgruppe „demografischer Wandel“

Ab Mitte 2012 konnte ich auch in der „Arbeitsgruppe demografischer Wandel“ mitwirken und zum bekannten Gesamtergebnis beitragen. Es liegt in der Natur der Sache, dass diese Arbeitsgruppe neue Tätigkeitsfelder für den Seniorenbeauftragten herausgearbeitet oder bestehende bestätigt hat, ein Ergebnis, das schließlich auch mit dem Ratsbeschluss vom 26. 11. 2012 anerkannt wurde. Diese Felder sind

- **Telefonkarte mit wichtigen Rufnummern** für Senioren - Die Karte wurde von mir erstellt, ist auf der Homepage der Stadt veröffentlicht und wird regelmäßig bei Veranstaltungen als Druck verteilt.
- **Sprechzeiten für den Seniorenbeauftragten** - Es ist eine Sprechstunde eingerichtet. Sie wird jedoch kaum genutzt, da die Senioren und Seniorinnen einen kurzfristigen Hausbesuch von mir vorziehen.
- **Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Barrierefreiheit** - Dieses Feld gibt immer wieder Anlass für auch an mich gerichtete Bürgerkritik. In der Regel waren die Einwände der Stadtverwaltung bereits bekannt und wurden im Rahmen des Möglichen abgestellt. Im Fall der Ortsdurchfahrt Todenfeld habe ich meine Auffassung über notwendige Verbesserung in einer Stellungnahme an die Stadtverwaltung mit der Bitte um Weitergabe an den zuständigen Ausschuss abgefasst. Auf den Beschlussanträgen im Ausschuss für Stadtentwicklung: Umwelt, Planung und Verkehr vom September 2012 und April 2013 fand ich dennoch den Hinweis: „Anmerkungen zu Belangen von Seniorinnen und Senioren und Menschen mit Behinderungen: keine“ (Bezug Fachbereich V und VI - Aktenzeichen: Vorlage Nr.: AN/0005/2012/1 und Fachgebiet 32, Aktenzeichen: Vorlage Nr.: AN/0005/2012). Ich empfehle daher, künftig auf Stellungnahmen des Seniorenbeauftragten unter der genannten Anmerkung gezielt hinzuweisen und diese den Sitzungsdokumenten als Anlagen beizufügen.
- **Versorgen mit „einfachen“ Einkaufsmöglichkeiten** - Das Thema „Lebensmittelläden in der Innenstadt“ wurde auch von mir geprüft. Nach meinem Eindruck hat sich das Kaufverhalten der Bürger - auch der Seniorinnen und Senioren - seit langem so stark auf die Märkte an der Peripherie Rheinbachs konzentriert, dass im Zentrum der Kernstadt kein wirtschaftlicher Ladenbetrieb mehr möglich war. Diese Tatsache hat mich veranlasst, hier mangels Erfolgsaussichten kein weiteres Herzblut zu investieren.

Ebenso habe ich mich damit befasst, ob über das bestehende Angebot an mobiler Lebensmittelversorgung hinaus Handlungsbedarf besteht, z. B. Essen auf Rädern, Lebensmittelläden oder Tiefkühlkost auf Lkw. Das gute Verkehrsangebot mit Taxi, Fahrdienst, Stadthüpfen, Sammeltaxi und öffentlichem Nahverkehr scheint aber alten Menschen das Einkaufen ihres Bedarfs ausreichend zu ermöglichen, so dass keine weiter gehenden Forderungen an mich gestellt wurden. Hinzu kommt zudem das breite Angebot der Pflegedienste.

- **mehr Einbinden von Senioren in ehrenamtliche Tätigkeiten**, Hilfe für Auszubildende und Schüler - Wir wissen aus Untersuchungen des Rhein-Sieg-Kreises, dass der Anteil der über 80-Jährigen in Rheinbach bis zum Jahr 2020 um rund 44% und in Meckenheim um rund 123% zunehmen wird. Es wird also eine deutliche Steigerung bei den pflegebedürftigen Senioren zu erwarten sein. Ebenso lässt eine anderer Tatsache auf eine tiefgreifende Änderung in naher Zukunft schließen: 72% der Pflegebedürftigen werden im Rhein-Sieg-Kreis derzeit ganz oder überwiegend von Angehörigen gepflegt. Ich rechne fest damit, dass die Abkehr von der traditionellen Familie und Hinwendung zu neuen Lebensmodellen -

Beispiel Single-Haushalt - ebenso wie die ständig steigenden Mobilitätsforderungen an die erwerbstätige Generation hier zu spürbaren Reduzierungen führen werden.

Um dieser Entwicklung Rechnung zu tragen, hat der Kreis unter anderem den „Ausbau ehrenamtlichen und bürgerschaftlichen Engagements“ vorgeschlagen. Genau in diese Richtung arbeiten wir derzeit im Kreis einer Gruppe Rheinbacher Bürgerinnen und Bürger mit Frau Doris Kübler an der Spitze, wenn wir versuchen, eine solche Freiwilligenbörse in Rheinbach aufzubauen. Denn auch wenn ehrenamtlich Tätige Fachkräfte nicht ersetzen können noch wollen, können sie mit ihrem unentgeltlichen Einsatz zumindest zur Abmilderung des sich anbahnenden Pflegeengpasses beitragen. Natürlich soll die Freiwilligenbörse auch in anderen Bereichen wirken, z. B. wenn sie „Jungsenioren“ im Ruhestand eine sinnvolle Beschäftigung in der Schülerhilfe, in der Auszubildendenbegleitung oder als „Leihomas“ verschaffen und damit die junge Generation fördern oder entlasten. Die Freiwilligenbörse soll auch Angebote auf Gegenseitigkeit umfassen, z. B. „Wohnen gegen Hilfe“ für Studenten und Senioren mit Immobilienbesitz, vielleicht auch eine „Taschengeldbörse“, in der Jugendliche für ein kleines Taschengeld alte Menschen mit geringem Einkommen unterstützen. Die Freiwilligenbörse soll allen im sozialen Bereich tätigen Organisationen und Einrichtungen in Rheinbach dabei helfen, ehrenamtlich interessierte Rheinbacher zu finden und im Gegenzug den Bürgern aufzeigen, an welchen Stellen Personen für Tätigkeiten gesucht werden, die ihren Interessen entsprechen. Hier wollen wir eng mit dem Stadtjugendparlament zusammenwirken. Wir arbeiten derzeit an einem entsprechenden Konzeptentwurf und an dem Aufbau erster Kontakte.

Ich bin der Auffassung, dass aus dem Projekt Freiwilligenbörse ein wichtiges Element der Daseinsvorsorge für unsere Kommune entstehen kann. Es sollte daher neben dem starken Interesse der Stadt auch deren nachhaltiger aktiver Unterstützung würdig sein. Denn Telefon, Anrufbeantworter und eine hinreichende PC-Ausstattung sind z. B. Voraussetzungen für die Funktionsfähigkeit einer solchen Einrichtung. Ich bin der Meinung, dass selbst eine finanzielle Unterstützung nicht an den Vorgaben der Haushaltsaufsicht scheitern kann und darf.

- **Werbung ehrenamtlicher Betreuer** - Hierauf brauche ich, so nehme ich an, nach dem vorher Gesagten nicht mehr dezidiert einzugehen, denn dies ist natürlich Teil der Freiwilligenwerbung insgesamt.
- **Informationsveranstaltungen** - Ich habe zwei Veranstaltungen mit Unterstützung der Stadtverwaltung und dem Betreuungsverein im Rhein-Sieg-Kreis e.V. durchgeführt, im Januar zum Thema „rechtliche Betreuung“ und im März zu „Vorsorgevollmacht und Patientenverfügung“. Bei extrem schlechtem Wetter kamen zur ersten Veranstaltung ca. 35 Personen, bei der zweiten war der Ratssaal komplett gefüllt. Für eine weitere Veranstaltung - vermutlich nach der Sommerpause - konnte ich als Referenten die drei Rheinbacher Notare gewinnen, die zu besonders für Senioren bedeutsamen Rechtsfragen vortragen und diskutieren werden. Eine weitere Idee, deren Realisierbarkeit ich derzeit prüfe, ist eine Informationsreihe zum Thema Pflege / ambulante ärztliche Versorgung unter besonderer Berücksichtigung der Lage in Rheinbach einschließlich seiner Ortsteile.
- **Mehr Tages- und Kurzzeitpflegeplätze schaffen** - Diese Forderung der „Arbeitsgruppe demografischer Wandel“ ist nicht an den Seniorenbeauftragten gerichtet, sondern an den AGIS.

Da hier zweifelsfrei fundamentale Interessen der Rheinbacher Senioren betroffen sind, sehe ich hier ebenfalls - wie in allen übrigen Pflegebelangen auch - eine Aufgabe des Seniorenbeauftragten. Dabei ist mir bewusst, dass die eigentliche Zuständigkeit beim Kreis liegt, der Ausschuss - zumindest aus meiner Sicht - also nur die Lage in Rheinbach beobachten

und aus den so gewonnenen Erkenntnissen Bedarfsforderungen formulieren kann. Aber dies ist sicher auch bereits eine wichtige Aufgabe.

- **Veranstaltungen mit der Jugend** - Auf meine Bitte hin hatte mich das Stadtjugendparlament zu seiner Sitzung am 16. März eingeladen. Es kam in einer sehr positiven Atmosphäre zu einem offenen und von gegenseitigem Respekt geprägten Austausch, bei dem von beiden Seiten großes Interesse an einer die Generationsgrenzen überschreitenden Zusammenarbeit bekundet wurde. Entsprechende Aktivitäten wollen wir in der zweiten Jahreshälfte beginnen.

4 Aktivitäten außerhalb Rheinbachs

Die Seniorenvertretung der Stadt Lohmar - einer Stadt, die bis zum Jahr 2020 einen doppelt so hohen Anstieg bei den über 80-Jährigen erwarten muss wie Rheinbach - wollte dieser Tatsache Rechnung tragen und hat eine Initiative zur Zusammenarbeit der kreisangehörigen Kommunen gestartet. Als wesentliche Zielsetzung dieser Kreis-Seniorenvertretung scheint sich herauszubilden, die Beteiligung älterer Menschen an der Gestaltung der sie betreffenden Anliegen im Rahmen der politischen Willensbildung und den sich daraus ergebenden Entscheidungen auf Kreisebene sicherzustellen. Da einiges für die Zweckmäßigkeit eines solchen Organisationselements spricht, ist es meine Absicht, weiter auf diesem Feld mitzuarbeiten.

5 Gedanken zur Weiterentwicklung des Amtes

Ich gehe davon aus, dass mit wachsendem Bekanntheitsgrad auch die Quantität der Arbeit zunehmen wird. Deshalb führe ich auf meiner Agenda weiterhin das Ziel, das Amt des Seniorenbeauftragten zu einem „Seniorenrat“ - vielleicht einem Seniorenbeirat - weiterzuentwickeln. Hier wünsche ich mir, insbesondere auch Vertreter aus den Ortsteilen zur Mitarbeit gewinnen zu können, weil gerade dort die Auswirkungen des demografischen Wandels besonderes Gewicht erlangen werden. Ein Bürger aus Wormersdorf hat sich bereits mir gegenüber dazu bereit erklärt. Er könnte z. B. als zweiter Seniorenbeauftragter oder als mein Stellvertreter bestellt werden. Ich empfehle dem Ausschuss daher, diese Weiterentwicklungsoption zu prüfen und an den Rat heranzutragen.

Sollte diesem Vorschlag gefolgt werden, will ich prüfen, ob das Amt des Seniorenbeauftragten oder der „Seniorenrat“ zu einer Expertenstelle für den demografischen Wandel unter dem besonderen Fokus der Senioreninteressen ausgestaltet werden kann, die auch Impulse in diesen Ausschuss und von dort aus in den Rat hineinbringen kann.

In meinen Mitwirkungsmöglichkeiten in den anderen Ausschüssen sehe ich ebenfalls noch Weiterentwicklungspotential, im Ausschuss Stadtentwicklung, Planung und Verkehr z. B. bei Themen wie „Ortsdurchfahrt Todenfeld“, gelegentlich auch bei Erörterungen des Feuerwehr, Bau und Vergabeausschusses, wenn z. B. der Bau oder Umbau von Pflegeeinrichtungen auf der Tagesordnung stehen oder wenn spezielle kulturelle Angebote für Seniorinnen und Senioren im Ausschuss für Standortförderung: Gewerbe, Wirtschaft, Tourismus und Kultur diskutiert werden. Ich bitte daher zu prüfen, ob dem Seniorenbeauftragten in solchen Fällen eine direkte Mitwirkung mit beratender Stimme eingeräumt werden kann und soll.

Wenn dieses Amt über den April nächsten Jahres hinaus fortbestehen soll, empfehle ich zudem zu prüfen, ob der / die Amtsinhaber(in) ab Ende 2014 statt wie bisher über seine Arbeit jährlich über die **Entwicklung der Lebenssituation der alten Menschen in Rheinbach** vorzutragen soll.

6 Rahmenbedingungen für die Aufgabenwahrnehmung

Ehrenamtliche Tätigkeit ist, wie Sie wissen, mehr als eine bloße Gefälligkeit. Der ehrenamtliche Tätige verpflichtet sich vielmehr mit Übernahme des Auftrags, ein ihm vom Auftraggeber übertragenes Geschäft für diesen unentgeltlich zu besorgen. Die Auftraggeberpflichten umfassen unter anderem, die für die Auftragsdurchführung erforderlichen Rahmenbedingungen zu gewährleisten. Die Stadt Rheinbach kann jedoch aus ihren Ressourcen kein separates Büro für den Seniorenbeauftragten bereitstellen. Dies kommt meiner persönlichen Vorstellung im Grundsatz entgegen, weil ich mein Arbeitszimmer zu Hause einem Büro im Rathaus vorziehe. Ich nutze also meine privaten Möglichkeiten, meinen Festnetzanschluss, Anrufbeantworter, Smartphone, meinen PC mit entsprechender Software-Ausstattung und integriertem Faxgerät, meinen Internetanschluss, Drucker, Scanner, Kopierer und - zur Mobilität - mein Auto. Natürlich entstehen dadurch Aufwendungen, die ich dem Auftraggeber in Rechnung stellen könnte. Meist verzichte ich, weil mich der damit verbundene administrative Aufwand abschreckt. Ich werde an dieser Haltung vereinbarungsgemäß bis zum Ablauf meiner Amtszeit Ende April 2014 festhalten. Sollte das Amt des Seniorenbeauftragten als ständige Einrichtung fortgeführt werden, empfehle ich, diese Rahmenbedingungen insbesondere bei einem Wechsel des Amtsinhabers zu überprüfen. Zweckmäßig scheint mir die zumindest halbtägige Bereitstellung eines Büros mit entsprechender Ausstattung etwa ein- bis zweimal pro Woche.

7 Fazit und Ausblick

Die ersten Schritte zur Implementierung des vor einem Jahr neu geschaffenen Amtes des Seniorenbeauftragten sind damit getan. Das Amt beginnt allmählich in der Bevölkerung bekannt zu werden, einigen alten Menschen konnte ich mit konkretem Rat und Hilfe zur Seite stehen, die Informationsveranstaltungen finden zunehmend Anklang bei den Bürgern und der Aufbau einer Freiwilligenbörse scheint durch das Engagement der Damen um Frau Kübler erfolgreich anzulaufen. Kontakte zu den Kirchen und den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege sowie Pflegeeinrichtungen und -diensten, die zum Kontakt mit mir bereit waren, sind geknüpft. Die Einleitung einer generationenübergreifenden Zusammenarbeit mit dem Stadtjugendparlament ist vereinbart. Der Aufgabenkatalog des Seniorenbeauftragten ist schon sehr weitgehend konkretisiert und Weiterentwicklungsmöglichkeiten - insbesondere bezüglich der Mitwirkung in weiteren Ausschüssen des Stadtrates, der Ausweitung zu einem Seniorenbeirat sowie in Richtung der Vertretung auf Kreisebene - sind aufgezeigt. Überall dort, wo ich Kontakte knüpfen konnte, wurde die Einrichtung des Amtes durchweg positiv aufgenommen. Dass die Personen, denen ich ganz konkret helfen konnte, das Amt ganz besonders positiv bewerten, versteht sich von selbst.

Jetzt gilt es aus meiner Sicht, den so geschaffenen Rahmen allmählich immer stärker durch konkretes Handeln auszufüllen. Gerade auf dem für Senioren eminent wichtigen Gebiet der Pflege habe ich einige Handlungsnotwendigkeiten und -optionen aufgezeigt. Als wichtige Aufgabe habe ich auch die Unterstützung des Aufbaus der Freiwilligenbörse mit Mitteln der Stadt beschrieben.

Zudem scheint es mir zweckmäßig, die Entscheidung über die Fortführung des Amtes des Seniorenbeauftragten nach Ablauf der Zweijahresfrist durch einen weiteren Bericht zum Jahreswechsel 2013 / 2014 vorzubereiten. Bei einer positiven Entscheidung des Rates sollten Möglichkeiten zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen geprüft werden.

Zuletzt empfehle ich, diesen Bericht an den Rat der Stadt zur Kenntnisnahme weiterzuleiten.

**Auflistung der Handlungsempfehlungen
an den Ausschuss Generationen, Integration und Soziales**

1. Auf die Überprüfung des Datenschutzes beim Seniorenbeauftragten hinwirken
2. Aufbau der Freiwilligenbörse unterstützen
3. Darauf hinwirken, dass auf Stellungnahmen des Seniorenbeauftragten in den Sitzungsdokumenten unter „Anmerkungen zu Belangen von Seniorinnen und Senioren und Menschen mit Behinderungen“ gezielt hingewiesen und diese den Sitzungsdokumenten als Anlagen beigelegt werden
4. Mitwirken des Seniorenbeauftragten am Aufbau einer Kreissenorenvertretung billigen
5. Zustimmung des Rates zum mittelfristigen Ausbau des Amtes des Seniorenbeauftragten zu einem „Seniorenremium“, z. B. einen Seniorenbeirat einholen, als ersten Schritt das Einrichten des Amtes eines zweiten Seniorenbeauftragten oder Stellvertreter des Seniorenbeauftragten empfehlen
6. Ausgestaltung des Amtes des Seniorenbeauftragten zu einer Expertenstelle für den demografischen Wandel unter dem besonderen Fokus der Senioreninteressen prüfen
7. Dem Rat die Ausweitung der Mitwirkung des Seniorenbeauftragten auf den Feuerwehr-, Bau- und Vergabeausschuss sowie auf den Ausschuss für Standortförderung: Gewerbe, Wirtschaft, Tourismus und Kultur bei der Behandlung für Themen mit besonderer Relevanz für Senioren empfehlen
8. Entscheidung über das Fortbestehen des Amtes des Seniorenbeauftragten im Rat durch einen zweiten Vortrag zu seiner Arbeit zum Jahreswechsel 2013 / 2014 vorbereiten
9. Die / den künftige(n) Seniorenbeauftragte(n) bei Fortbestehen des Amtes über April 2014 hinaus mit einem jährlichen Vortrag zur Entwicklung der Lebenssituation der alten Menschen in Rheinbach beauftragen
10. Bericht des Seniorenbeauftragten zur Kenntnisnahme an den Rat weiterleiten.